Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

zum/zur	Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
F0229/22 Fraktion DIE LINKE, Stadtrat Dennis Jannack	FB 40	S0413/22	09.11.2022
Bezeichnung			
Steigende Energiekosten			
Verteiler	Tag		
Die Oberbürgermeisterin	20.12.2022		

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

viele Menschen in Magdeburg sind von stark steigenden Energiekosten betroffen und stehen vor der Herausforderung, diese Kosten mit knappem Einkommen zu bezahlen. Die Preissteigerungen machen auch vor Vereinen und Verbänden keinen Halt.

Ich frage Sie:

- 1. Wie stark sind die Energiekosten (Strom, Gas, Wärme, Treibstoffe) für Magdeburger Sportvereine in den letzten 6 Monaten gestiegen und welche weiteren Kosten sind zu erwarten? (Bitte diese Frage in Abstimmung mit dem Stadtsportbund beantworten.)*
- 2. Wie stark sind die Energiekosten (Strom, Gas, Wärme, Treibstoffe) für die Träger der Kinder- und Jugendhilfe in den letzten 6 Monaten gestiegen und welche weiteren Kosten sind zu erwarten?*
- 3. Welche Maßnahmen werden durch die Landeshauptstadt Magdeburg ergriffen, um Vereine und Verbände auf Grund der steigenden Energiepreise zu entlasten?*

Antwort der Verwaltung:

- 1. Wie stark sind die Energiekosten (Strom, Gas, Wärme, Treibstoffe) für Magdeburger Sportvereine in den letzten 6 Monaten gestiegen und welche weiteren Kosten sind zu erwarten? (Bitte diese Frage in Abstimmung mit dem Stadtsportbund beantworten.)*

Information des Fachbereiches Schule und Sport

Eine Vielzahl der Vereinssportstätten befindet sich im kommunalen Eigentum. Für einen Großteil dieser Sportstätten gilt daher der Versorgungsvertrag für Wärme und Strom zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und den Städtischen Werken Magdeburg. Das bedeutet, dass in diesem Kalenderjahr die Strom- und Wärmepreise durch langfristige Versorgungsverträge mit den SWM unverändert bleiben. Im kommenden Kalenderjahr wird mit einer Preiserhöhung von ca. 65 % bei Wärme und 22 % bei Strom zu rechnen sein. Bei diesen Preiserhöhungen muss aber festgehalten werden, dass es sich hierbei um Prognosen handelt. Eine definitive Aussage bzw. Zusage zu den Preisentwicklungen kann in der derzeitigen Situation nicht abgegeben werden.

Einzelne Vereine haben eigenständig abgeschlossene Versorgungsverträge mit unterschiedlichen Anbietern. Auf Nachfrage durch den Fachbereich Schule und Sport wurde mitgeteilt, dass die Versorger teilweise Erhöhungen der Preise für Gas auf 380 % des Vorjahresniveaus angekündigt haben.

Die genauen Auswirkungen lassen sich aktuell noch nicht beziffern, da die Wirkung der angekündigten Hilfen, wie Gas- und Strompreisbremse sowie die Übernahme von Kosten durch den Bund, für Sportvereine/Sportstätte noch nicht abschließend geklärt sind.

Nach den bisher vorliegenden Informationen geht der Fachbereich Schule und Sport von einem Mehrbedarf i. H. v. **260.000 Euro** für Betriebskosten bei den Vereinssportstätten aus, was einem Anstieg von rund 60 % entspricht.

2. Wie stark sind die Energiekosten (Strom, Gas, Wärme, Treibstoffe) für die Träger der Kinder- und Jugendhilfe in den letzten 6 Monaten gestiegen und welche weiteren Kosten sind zu erwarten?

Information des Jugendamtes

Die Erziehungsberatungsstellen haben noch keine konkreten Kostensteigerungen für Energie beziffert. Hier wird davon ausgegangen, dass damit bei der Antragstellung für 2023 zu rechnen ist.

Im (teil-)stationären Bereich der Kinder- und Jugendhilfe koppeln die freien Träger zwar einen Anstieg der Energiekosten zurück, jedoch führt dies nicht zwangsläufig zu einem finanziellen Mehraufwand für den Kostenträger. Ausschlaggebend hierfür sind die auskömmlich zu vereinbarenden Leistungsentgelte. Hier werden in den einzelnen Kostenpositionen prospektive Risikoaufschläge vereinbart, die in der Summe einen Anstieg einzelner Aufwendungen unter Anwendung der Grundsätze von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit kompensieren können.

Im Bereich der ambulanten Erziehungshilfe wurde trägerseitig bis heute keine fehlende Auskömmlichkeit des Fachleistungsstundensatzes signalisiert, so dass auch hier der Anstieg der Energiekosten zu keinem Kostenaufwuchs beim Kostenträger führte.

Die Betriebskostensteigerungen für die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Familienbildung können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden. Erste Trägeranfragen/-meldungen gehen von einer ca. 380%igen Steigerung aus.

Es ist davon auszugehen, dass es auch im Bereich der Kindertagesbetreuung in allen Einrichtungsformen zu erhöhten Energiekosten kommen wird, welche nach Ausschöpfung aller vorhandenen finanziellen Spielräume im Rahmen der Gesamtfinanzierungen und trotz Umsetzung eines Energiesparkonzeptes pro Einrichtung ebenfalls zu noch nicht bezifferbaren Mehrbedarfen im Stadthaushalt führen wird.

3. Welche Maßnahmen werden durch die Landeshauptstadt Magdeburg ergriffen, um Vereine und Verbände auf Grund der steigenden Energiepreise zu entlasten?

Information des Fachbereiches Schule und Sport

Im Rahmen der Vergabe der kommunalen Sportfördermittel soll 2023 entsprechend der aktuellen Situation priorisiert werden. Dabei soll der Weiterbetrieb der Sportstätten im Vordergrund stehen. Es ist zu erwarten, dass die Zuwendung für Betriebskosten einen größeren Anteil haben werden als bisher. Das kann zur Folge haben, dass einzelne Maßnahmen, z. B. Bauvorhaben, dann zurückgestellt werden müssen. Weiterhin wurde angekündigt, dass Sportvereine auch unter den Rettungsschirm der Energiepreisbremse fallen sollen. Hier muss die Wirkung der Maßnahmen noch abgewartet werden. Aufgrund der aktuell bestehenden Unsicherheiten sowie offener Fragen bezüglich Energiepreisbremse und Rettungsschirmen können derzeit keine konkreten Maßnahmen festgelegt werden. Im Rahmen der Haushaltsdurchführung 2023 sind erhöhte Kosten zu erwarten, auf die dann reagiert werden muss.

Information des Jugendamtes

Das Jugendamt ist sich der Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung der freien Träger bewusst, wenn das Leistungsspektrum gerade im Pflichtbereich gemäß SGB VIII und KiFöG LSA bedarfsgerecht gehalten werden soll. Es wird im Rahmen der Änderungsliste, sofern bis dahin konkret bezifferbar, seitens des Fachamtes versucht, bereits entsprechende Planansatzerhöhungen zum Ausgleich speziell dieser Mehrbedarfe bei FB02 anzumelden.

Alle noch nicht bezifferbaren Mehrbedarfe können vorerst nur verbal als HH-Risiko im Plan 2023 ff. aufgenommen werden. Dazu werden bereits jetzt im Jugendamt in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe Erhebungen der Anteile an Energiekosten an den Gesamtkosten veranlasst.

Bei der Förderung nach § 74 SGB VIII müssten seitens des Jugendamtes gestiegene Energiekosten anerkannt werden, wenn sie nachgewiesen und im Gesamtetat nicht aufgefangen werden können. Im Bereich der Leistungsentgelte ist § 78d Abs. 3 SGB VIII maßgeblich. Danach können Entgelte bei unvorhersehbaren, wesentlichen Veränderungen der Annahmen, die der Entgeltvereinbarung zugrunde lagen, neu verhandelt werden, wenn eine Seite dies verlangt. Wenn der Träger die steigenden Kosten nachweist, bspw. über Mitteilungen zu veränderten Abschlägen, ist dies grundsätzlich unter Beachtung der Gesamtfinanzierung des Trägers zu berücksichtigen.

Im Rahmen von Neuverhandlungen kann der Einrichtungsträger auf der Grundlage der neuen Abgabenbescheide den Kostenaufwuchs entgeltwirksam werden lassen. Hier gilt es aus Gründen der Dokumentation jedoch, den bisherigen Vergleich als Referenzwert i. V. m. den neuen Verbrauchspreisen in der Akte zu dokumentieren. Sollte es keine aktuellen Bescheide geben, ein Anstieg der Kosten ist jedoch absehbar, kann im Ausnahmefall via Protokollnotiz eine Spitzabrechnung mit Ablauf des Vereinbarungszeitraumes vertraglich geregelt werden.

Sollte eine Einrichtung während eines lfd. Vereinbarungszeitraumes eine wirtschaftliche Schieflage aufgrund der gestiegenen Energiekosten signalisieren, so kann hier gemäß § 78 d SGB VIII zu einer außerordentlichen Neuverhandlung aufgerufen werden. Hier ist durch den Einrichtungsträger jedoch die tatsächliche Schieflage darzustellen. Ein derartiges Szenario ist bis zum heutigen Tag jedoch noch nicht aufgetreten.

Um eine Finanzierungssicherheit zu schaffen, muss ggf. ein entsprechender Nachtragshaushalt beschlossen werden.

Ergänzend wird empfohlen, dass die Kommune vor einer Zusicherung der Kostenübernahme kurzfristig Land und Bund auffordert, entsprechende zusätzliche Zuwendungen zur Gegenfinanzierung zu gewährleisten, um die reale Gefahr, dass Leistungserbringer in Magdeburg keine gesicherte Gesamtfinanzierung mehr erhalten und Einrichtungen schließen müssen, entgegen treten zu können. Die Stadt selbst kann einseitig aktuell nicht unbegrenzt die Mehrkosten decken.

Stieler-Hinz